

Liestal, 8. November 2018  
Medienmitteilung

## Die bürgerlichen Parteien sprechen sich deutlich gegen die Prämieninitiative der SP aus

- **Der Regierungsrat hat bereits eine Erhöhung der Prämienverbilligungen für das Jahr 2019 beschlossen.**
- **Verbilligung der Prämien mit der Giesskanne hingegen macht keinen Sinn - wir haben ein gut funktionierendes System, das die Personen unterstützt, welche die Unterstützung tatsächlich brauchen.**
- **Es ist weder bedarfsgerecht noch sozialpolitisch erwünscht, dass eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von 150'000 Franken eine Prämienverbilligung erhalten soll.**
- **Bei einem Ja müssten die jährlichen Mehrausgaben des Kantons von mindesten 75 Millionen Franken von den Steuerzahlern berappt werden.**
- **Das Problem der steigenden Prämienbelastung lässt sich nicht lösen, indem noch mehr Steuergelder zur Finanzierung der Prämienverbilligung umverteilt werden. Gefragt sind wirksame Massnahmen auf der Kostenseite.**

An einer Medienkonferenz in Liestal haben sich die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP mit deutlichen Worten gegen die Prämieninitiative der SP ausgesprochen. CVP Fraktionspräsident und Landrat Felix Keller betonte, dass die Initiative im Landrat mit 55 zu 27 Stimmen mit sehr stichhaltigen Argumenten zur Ablehnung empfohlen wurde. Zudem war laut Keller kein Gegenvorschlag nötig, da das Baselbiet bereits ein gut funktionierendes System für individuelle Prämienverbilligungen hat. Die Initiative wolle mit dem Giesskannenprinzip einen Automatismus einführen, der die Prämienverbilligung jedes Jahr pro Anspruchsberechtigte erhöhe und mit welchem auch die Einkommensobergrenze steige. Und Keller weiter: „Einen solchen Automatismus lehnen wir strikte ab, da dieser dem Regierungsrat und dem Landrat die Möglichkeit nimmt, mit der Prämienverbilligungen gezielt die Personen zu unterstützen, welche die Unterstützung auch wirklich benötigen. Wir haben den Handlungsbedarf gesehen, und daher hat der Regierungsrat die Richtprämien per 1.1.2019 bereits um 12 Millionen Franken erhöht.“ Erwachsene erhalten laut Keller künftig 600 Franken mehr pro Jahr und junge Erwachsene 540 Franken mehr, was einem Anstieg von 25 Prozent entspricht.

Rolf Richterich, Fraktionspräsident und Landrat der FDP, stört sich an der Tatsache, dass die Initiative Gutverdiener subventionieren will. Gemäss der Initiative soll eine vier-köpfige Familien mit 150'000 Brutto-Einkommen eine Prämienverbilligung erhalten. „Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 150'000 Franken ist doch nicht armutsgefährdet“, betonte Richterich. Und weiter: „Es kann doch nicht sein, dass mit der Giesskanne Steuergelder verteilt werden, unabhängig davon, ob die Unterstützung notwendig ist oder nicht. Bis 2007 hatten wir ein System ohne Einkommensobergrenze in unserem Kanton. Der Landrat durchbrach dieses Giesskannen-Prinzip und legte eine anspruchsschliessende Einkommensobergrenze fest. Die Initiative will nun diese Grenze streichen und die Giesskanne wieder einführen.“ Laut Richterich nahmen die ausbezahlten Prämienverbilligungen wegen den steigenden Gesundheitskosten deutlich zu: Im Jahr 2009 waren es 98 Millionen Franken und im Jahr 2018 120 Millionen Franken. Und weiter: „Durch die Initiative entstehen jährliche Mehrausgaben von 75 Millionen – Tendenz steigend – die von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern berappt werden müssten.“ Zudem blende die SP aus, dass die

sozialpolitische Wirksamkeit der Prämienverbilligung von wichtigen weiteren Faktoren abhängen. Die Sozialhilfe sei ein austariertes System von verschiedenen Sozialleistungen. So umfasse der Katalog der Sozialleistungen zusätzlich zur Prämienverbilligung unter anderem Ergänzungsleistungen, die Alimentenbevorschussung, Mietzinsbeiträge, stationäre Jugendhilfe oder Stipendien. Und weiter: „Die SP will somit nicht Politik für jene machen, die es wirklich benötigen, sondern sie strebt möglichst viel Umverteilung an.“

Oskar Kämpfer, Parteipräsident und Landrat der SVP, betonte, dass im Jahr 2017 über 57'000 Personen eine Prämienverbilligung erhielten und somit 20 Prozent der Baselbieter Bevölkerung. Und weiter: „Die Prämien-Initiative zerstört ein funktionierendes System und will möglichst viele Personen in unserem Kanton zu Subventionsempfängern machen.“ Kämpfer stört sich auch an der Tatsache, dass die Initiative eine reine Symptombekämpfung ist und nicht an den Ursachen der konstant steigenden Kosten im Gesundheitswesen ansetzt. Damit verhindere die SP, dass die Prämienzahler über das Portemonnaie spüren, wie stark die Gesundheitskosten tatsächlich steigen. Dadurch werde die Eigenverantwortung gesenkt. Er betonte, dass der Baselbieter Regierungsrat, der Bundesrat und die nationalrätlichen und ständerätlichen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit an wichtigen Reformprojekten zur Dämpfung der Gesundheitskosten arbeiten. Laut Kämpfer sollen die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen, die neue Steuerung der Zulassung der Leistungserbringer im ambulanten Bereich und die Vorlage zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit zur Kostendämpfung beitragen. Und Kämpfer weiter: „Wir müssen an den Ursachen ansetzen und gleichzeitig, wie es der Regierungsrat bereits gemacht hat, die individuelle Prämienverbilligung im heutigen System gezielt erhöhen und einsetzen. Damit helfen wir der Allgemeinheit, den sozial Schwächeren, den Familien und dem Mittelstand am besten.“ Die SP nimmt laut Kämpfer mit ihrer Initiative in Kauf, den Finanzhaushalt des Kantons wieder in Schieflage zu bringen. Und weiter: „Statt die Prämienverbilligung gezielt zu erhöhen, wie es der Regierungsrat nun macht, will die SP den wenigen Handlungsspielraum bei den Kantonsfinanzen mit der Giesskanne ausgeben. Deshalb muss die SP-Initiative aus Sicht der drei bürgerlichen Parteien zwingend abgelehnt werden.“

---

#### **Kontakt:**

Rolf Richterich, Fraktionspräsident und Landrat FDP, 079 966 60 60, [mail@rolf-richterich.ch](mailto:mail@rolf-richterich.ch)

Felix Keller, Fraktionspräsident und Landrat CVP, 079 407 91 50, [fekeller@bluemail.ch](mailto:fekeller@bluemail.ch)

Oskar Kämpfer, Parteipräsident und Landrat SVP, 079 644 41 97, [okaempfer@gmail.com](mailto:okaempfer@gmail.com)

Daniel Piller, Leiter Kommunikation FDP BL, 079 341 36 78, [daniel.piller@fdp-bl.ch](mailto:daniel.piller@fdp-bl.ch)